Nr. 562. — Zweites Blatt.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 30. November 1892.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

## Deutschland.

** **Berlin**, 30. November. Einer den Reserveformationen des russischen Heeres gewidmeten Betrachtung des „Militär-Wochenblatts" entnehmen wir nachstehende Daten, die das Interesse der weitesten Kreise zu beschäftigen geeignet erscheinen. Zunächst die Thatsache, daß Rußland mit seinen schon seit Jahren mit großem Erfolg betriebenen Vorbereitungen zur Aufstellung einer so zahlreichen und festgefügten Reservearmee, daß letztere im Kriegsfalle sofort für die Operationen im Felde bezw. für den Festungskrieg zur Verfügung steht, bereits jetzt einen sehr beachtenswerthen Vorsprung vor sämmtlichen übrigen Großstaaten gewonnen hat, und zwar einen Vorsprung, den es fortwährend noch zu vergrößern bestrebt ist, während Deutschlands Heeresorganisation bis jetzt gar keine Einrichtungen aufweist, welche bereits im Frieden dafür Sorge tragen, daß feste Rahmen vorhanden sind zur Neuformation im Kriegsfalle.

Seit dem Jahre 1888, wo die Neuorganisation des russischen Heeres in Bezug auf die sogenannten Feldtruppen zu einem gewissen Abschluß gelangte, ist dem Ausbau in der Organisation der Reservetruppen ganz besondere Aufmerksamkeit zugewandt worden, und vorläufig scheint auch — so meint wenigstens das „Militär-Wochenblatt" — ein Stillstand in diesem Bestreben, die Aufstellung einer formidablen Reserve-Armee bereits im Frieden möglichst weit vorzubereiten, nicht eintreten zu sollen.

Es sind jetzt schon vorhanden bei der Infanterie: 22 Reserveregimenter zu 2 Bataillonen und 84 Reserve-Bataillone, zusammen 128 Bataillone. Hiervon entfallen auf das europäische Rußland 12 Regimenter und 65 Bataillone, wozu noch 4 Schützenregimenter für Finnland hinzutreten, auf den Kaukasus 6 Regimenter und 12 Bataillone, auf Asien 7 Bataillone.

Bei den Reservetruppentheilen im europäischen Rußland erfolgt in nächster Zeit eine Umwandlung bezw. sind Neu-Aufstellungen ins Auge gefaßt, welche eine Vermehrung um 16 Regimenter unter Auflassung von 12 Bataillonen ergeben. Die Zahl der Bataillone vermehrt sich hierdurch insgesammt um 20, so daß dann 148 Reservebataillone zur Verfügung stehen, davon 141 in Europa und im Kaukasus.

Der gewöhnliche Friedensetat eines Reservebataillons im europäischen Rußland beträgt 36 Offiziere, 493 Mann, — bei einem Theile der in den westlichen Gouvernements stehenden Bataillone ist derselbe noch höher, wie hier angegeben — derjenige der kaukasischen Reservebataillone sogar 36 Offiziere und 795 Mann.

Die Gesammtstärke der Reserve-Infanterie, wie sie für den Kriegsfall vorgesehen sein dürfte, berechnet das „Militär-Wochenblatt" auf 410 Bataillone Infanterie und 20 Schützenbataillone im europäischen Rußland, auf 104 Bataillone im Kaukasus und 25 Bataillone im asiatischen Rußland, zusammen 561 Bataillone, von welchen mindestens zwei Drittel als Bataillone erster Ordnung anzusehen sind, welche von Hause aus im Feldkriege Verwendung finden können.

Es sind ferner vorhanden an Reservetruppen 1 Festungs-Infanterieregiment zu 2 Bataillonen und 26 Festungs-Infanteriebataillone. Sie werden nach den Festungen benannt, zu deren ständiger Friedens- und Kriegsbesatzung sie gehören und ihr Friedensetat ist derselbe wie bei den Reservebataillonen. Im Kriege werden 25 Festungs-Infanterieregimenter zu je 5 Bataillonen errichtet.

Was die Reserveformation für die Feldartillerie angeht, so bestehen im Frieden 6 Reserve-Artilleriebrigaden (fünf zu sechs, eine zu sieben Batterien), 1 Kadre- und 2 Ersatzbatterien, zusammen 40 Batterien, aus denen im Kriege sämmtliche Reserve- und Ersatzbatterien hervorgehen.

Die Friedensetats sind auch hier sehr hohe. Die Sollstärke einer schweren Batterie ist: 11 Offiziere, 199 Mann, 54 Pferde, einer leichten Batterie: 11 Offiziere, 171 Mann und 54 Pferde.

Auch für die sogenannten Festungs-Ausfallbatterien bestehen im Frieden Stämme und zwar 5 Festungs-Ausfallbatterien zu je 11 Offizieren, 112 Mann, 36 Pferden, die im Kriege auf 16 Batterien zu je 6 Offizieren, 122 Mann, 72 Pferden gebracht werden.

Für die eigentliche Festungsartillerie sind zwar keine Reserve-Truppentheile vorhanden, ebensowenig für die Ingenieurwaffe, doch sind die Friedensetats dieser Truppengattungen an sich schon so hoch, daß das Material zur Bildung von Reservekadres sich gegebenenfalls aus ihnen ohne Schwierigkeit entnehmen läßt.

Bei der Kavallerie bestehen im Frieden: 18 Kadres des Kavallerie-Ersatzes, für jede Kavalleriedivision ist ein, für die 2 Garde-Kavalleriedivisionen sind je zwei Kadres bestimmt. Die Kadres bestehen aus mehreren Abtheilungen, von denen jede einem Regiment entspricht, und zwar entfallen auf das Kavallerieregiment etwa 3 Offiziere, 85 Mann und 100 Pferde, zusammen etwa 5700 Pferde. Die Abtheilungen reiten im Frieden einen Theil der jungen Pferde für die Regimenter zu, im Kriege bilden dieselben die Ersatzeskadrons, so daß die Kavallerieregimenter sofort mit sämmtlichen 6 Eskadrons ins Feld rücken können; sie brauchen dabei nicht einmal Remonten zurückzulassen, da diese im ersten Jahre bei den Kadres des Kavallerie-Ersatzes zugeritten werden. Dazu kommt dann noch die unerschöpfliche Hülfsquelle, welche Rußland in der ihm eigenen Organisation des Kosakenheeres besitzt.

Nach alledem gelangt das „Mil.-Wochenbl." zu dem Schluß, „daß die Hauptwaffengattungen des russischen Heeres schon im Frieden über Stammtruppentheile verfügen, die bei dem Uebergang von der Friedens- zur Kriegsformation ungemein große Vortheile bieten für die rasche Schlagfertigkeit der Armee und für die Solidität ihres Gefüges, nicht allein was die eigentlichen Feldtruppen angeht, die fast gar keine Abgabe für Neuformationen zu leisten haben, sondern auch in Beziehung auf die Reservetruppen selbst, denen durch die bestehenden Einrichtungen von Hause aus eine innere Stärke verliehen wird, welche erst im Mobilmachungsfalle improvisirten Truppentheilen nicht innewohnen kann."

— Dem am 7. kommenden Monats zusammentretenden Parteitage der Konservativen darf man mit einiger Spannung entgegensehen. Seine Aufgabe sollte sein: das Programm der Partei vom Jahre 1876 dem Bedürfniß der Zeit, richtiger wohl dem Wunsche „derer um Herrn von Hammerstein" entsprechend einer Revision im antisemitischen Sinne zu unterziehen. Zu diesem Zwecke wurde nach vielem Gezänk und harten Kämpfen, nicht ohne einen kleinen Gewaltstreich, eine Kommission eingesetzt, die einen neuen Programmentwurf ausarbeiten sollte. Vor einigen Wochen wurde urbi et orbi verkündet, daß diese Kommission ihre Aufgabe beendet habe, daß aber das Ergebniß dieser Berathungen noch geheim gehalten werden solle bis zum Zusammentreten des Parteitages selber. Um so überraschender muß deshalb die Nachricht wirken, daß die drei parlamentarischen Parteien sich dahin geeinigt haben, daß am alten Programm festgehalten, der bereits gemilderte neue Programmentwurf aber lediglich auf die Bedeutung einer „Aussprache" über brennende Zeitfragen beschränkt werden solle. Die „Kreuzzeitung", die vor einigen Tagen bereits mit Drohungen à la Liebknecht gegen Die aufgetreten war, welche die Geheimnisse der Partei an ein fremdes Blatt verrathen, erklärt zwar, daß dem Entwurfe der programmatische Charakter unzweideutig gesichert bleiben würde. Aber das heißt doch auch nichts Anderes, als daß neben dem alten politischen Glaubensbekenntniß noch eine antisemitische Formel geduldet werden solle. Damit wird nur offen bestätigt, daß dem Antisemitismus auch fernerhin Unterschlupf in der konservativen Partei gewährt werden soll, eine Thatsache, an der ohnehin wohl Niemand zweifeln dürfte, so lange Männer wie Herr v. Wackerbarth und Herr Stöcker Mitglieder der konservativen Partei sein können. Für den Entschluß, die Aufnahme eines antisemitischen Paragraphen in das Programm selbst abzulehnen, mag der Ausfall der Wahl im Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg, vor Allem der Jubel im sozialdemokratischen Lager über den Sieg Ahlwardts nicht ohne Einfluß geblieben sein. Die Sozialdemokratie fühlt instinktiv, daß Erfolge dieser Art ihr nur die Bahn ebnen können in Kreisen, die ihrer eigenen Propaganda bisher noch verschlossen waren. Sie begrüßt es darum mit Freuden, wenn die Konservativen selbst den Ast mit absägen helfen, auf dem sie bisher gesessen haben.

— Bekanntlich sind seit langem die verschiedenartigsten Gerüchte über Verlobungspläne des russischen Thronfolgers im Umlauf. Unter allen erhielt sich aber am beharrlichsten jenes, wonach er Prinzessin Maria von Griechenland als Braut heimführen werde. Demgegenüber ist es bemerkenswerth, daß nach einer Meldung der „Pol. Korr." aus Athen auch dieses Gerücht dort keine Bestätigung finde, wenigstens, so weit es hieß, daß die Verlobung anläßlich der jüngsten Anwesenheit des russischen Thronfolgers in der griechischen Hauptstadt erfolgt sei. In dem erwähnten Berichte wird sogar bemerkt, daß die unerwartet frühe Abreise des Thronfolgers den Glauben aufkommen lassen könnte, daß sich dem Verlobungsplane, falls er zur Sprache gekommen sei, Hindernisse entgegengestellt haben.

** Die Thätigkeit der Steuerkommission hat rasch zu einem schwerwiegenden Ergebnisse geführt, indem mit allen Stimmen gegen die der Deutschfreisinnigen der sogenannte große Reformplan zur Grundlage der Verhandlung bestimmt worden ist. Wenngleich naturgemäß dieser Beschluß formell nur einen vorläufigen Charakter hat und die Möglichkeit nicht unbedingt ausgeschlossen ist, von demselben im Laufe der Berathungen wieder abzugehen, insbesondere wenn es nicht gelänge, über die Ergänzungssteuer zu einem positiven Ergebnisse zu gelangen, so fällt doch die Thatsache einer so weitgehenden und entschiedenen Zustimmung zu den Grundlagen des Steuerreformplans mit nicht zu unterschätzendem Gewichte zu Gunsten einer Verständigung auch über diesen schwierigen Punkt in die Wagschale.

Nicht ohne Interesse ist die vom Regierungstisch her gemachte Angabe, daß gegen die Einkommensteuerveranlagung im Ganzen von den Steuerpflichtigen nicht viel weniger als 300,000 Berufungen eingelegt sind, gegenüber 800 bis 900 Berufungen, welche von den Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen eingelegt wurden. Unter jener Zahl von 300,000 Berufungen entfällt der überwiegende Theil nicht auf deklarationspflichtige Steuerpflichtige, sondern auf solche Zensiten, welche wegen eines 3000 Mark nicht erreichenden Einkommens von der Deklarationspflicht entbunden sind. Wie groß die Zahl der an das Oberverwaltungsgericht gebrachten Beschwerden ist, steht noch nicht fest, da noch nicht überall die Frist zur Einlegung der Beschwerde abgelaufen ist. Das Oberverwaltungsgericht ist überdies bereits in die Entscheidung dieser Beschwerden eingetreten.

** Die Arbeiten im Reichs-Versicherungsamt an der nach § 77 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 dem Reichstage vorzulegenden Nachweisung über die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für 1891 sind soweit gefördert, daß die Nachweisung demnächst der deutschen Volksvertretung wird unterbreitet werden können. Der Umfang dieser Nachweisungen hat in den sieben Jahren, in welchen die Berufsgenossenschaften in Funktion sind, beträchtlich zugenommen.

**Köln**, 29. November. (W. T. B.) Der stellvertretende verantwortliche Redakteur der „Kölnischen Zeitung", van Look, wurde heute von der Strafkammer auf die Klage des Paters Aurelian wegen Abdruckes des Protokolls über die Wembinger Teufelsaustreibung zu 50 Mark Geldstrafe verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte eine Geldstrafe von 1000 Mark beantragt. In der Begründung wird, wie die „Kölnische Zeitung" mittheilt, gesagt, daß objektiv Nachdruck vorliege, daß der Angeklagte nicht im Sinne des Gesetzes über das Urheberrecht in gutem Glauben gehandelt, daß er aber das Bewußtsein haben konnte, eine Kulturaufgabe zu erfüllen.

X **Landstuhl**, 27. November. In heutiger Versammlung der Brenner aus Südwestdeutschland wurde nach eingehender Erörterung und nachdem der Referent zahlenmäßig nachgewiesen, daß der mit 50 Mark pro 100 Liter Alkohol zu versteuernde Branntwein bei hoher Anrechnung der Abgänge zu Fütterungszwecken noch nicht einmal die Herstellungskosten deckt, so daß thatsächlich der mit 70 Mark zu versteuernde Branntwein einen Netto-Baarverlust von 20 Mark bringt, also von einer Steuerprämie — sogenannte Liebesgabe — keine Rede sein kann, mit allen Stimmen nachstehende Resolution beschlossen: „Die heute in Landstuhl zahlreich versammelten Brenner aus Rheinbaiern, Rheinpreußen, Würtemberg, Baden und Hessen beschließen: „In Erwägung, daß die einseitige Erhöhung des niedrigen Satzes der Verbrauchsabgabe von 50 auf 55 Mark pro Hektoliter absoluten Alkohols als ein verhängnißvoller Eingriff in die Erwerbs-Verhältnisse des Brennerei-Gewerbes sich darstellt und nur bei voller Erhaltung der Differenz von 20 Mark die süddeutschen Brennereien einen genügenden Schutz gegen die erdrückende Konkurrenz des Ostens finden, mit allen gesetzlichen Mitteln gegen diese Erhöhung anzukämpfen. Selbst die Einführung eines Rohspiritus-Monopols in einer die Interessen der Allgemeinheit schonenden Form würde dieser folgenschweren Aenderung vorzuziehen sein.""

**Straßburg i. E.**, 28. November. Zufolge Gouvernementsbefehl von gestern ziehen von jetzt an alle Posten innerhalb der Stadtumwallung, sofern dieselben nicht Gefängnisse und Arrestanstalten zu bewachen haben, ohne scharfe Patronen auf Wache.

## Oesterreich-Ungarn.

**Wien**, 29. November. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Im Verlaufe der heute fortgesetzten Budget-Debatte, welche sich fast ausschließlich zu einem Wortgefecht zwischen Dr. Kronawetter einerseits und den Antisemiten andererseits zuspitzte und wiederholte Ordnungsrufe des Präsidenten nach beiden Seiten veranlaßte, machte der Antisemit Dr. Geßmann dem Abgeordneten Dr. Kronawetter den Vorwurf, daß er die französische Republik verherrlicht habe. Er beglückwünschte unter Hinweis auf die Panama-Affaire den Abgeordneten zu dieser Meinungsäußerung, erklärte aber, er für seine Person gebe dem Absolutismus vor einer Republik von Dieben und und Gaunern den Vorzug. Unter großer Erregung des Hauses ertheilte der Präsident dem Abgeordneten Dr. Geßmann wegen dieser beleidigenden Aeußerung gegen einen, zu Oesterreich-Ungarn in freundschaftlichen Beziehungen stehenden Staat einen energischen Ordnungsruf.

**Wien**, 29. November. (W. T. B.) Das Abgeordnetenhaus nahm heute das Budgetkapitel „Reichsrath" unverändert an und bewilligte in namentlicher Abstimmung mit 197 gegen 67 Stimmen das Erforderniß für den Neubau eines Delegationshauses in Pest.

**Wien**, 29. November. (W. T. B.) In einer halbamtlichen Mittheilung in der Zeitung „Presse" wird ausgeführt, der Ministerpräsident habe alljährlich erklärt, er stelle den Dispositionsfonds jeder anderen Budgetpost gleich und betrachte dessen Votirung nicht als Vertrauensvotum. Im vergangenen Jahre habe Graf Taaffe hinzugefügt, er lege auf die Mitwirkung der vereinigten deutschen Linken großen Werth, die Regierung sei auch dieses Mal der gleichen Ansicht. Die Regierung müsse es selbstverständlich der deutschen Linken überlassen, ihre Stellung zu den anderen Parteien des Hauses und zur Regierung selbst zu bestimmen, allein die Ablehnung des Dispositionsfonds seitens der deutschen Linken werde für die Regierung kein Anlaß sein, auf die angebahnte Fühlung mit der deutschen Linken zu verzichten. Die Regierung lege großes Gewicht auf das Verbleiben des Vertrauensmannes der deutschen Linken, Grafen Kuenburg, im Kabinet. Sollte die deutsche Linke dessen Ausscheiden jedoch für absolut nothwendig erachten, so werde die fortgesetzte Fühlung der Regierung mit der deutschen Linken zwar erschwert, jedoch wenigstens seitens der Regierung nicht abgebrochen werden.

**Wien**, 29. November. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung des Gemeinderaths erklärte der Bürgermeister bezüglich des Fernbleibens der Antisemiten, er habe dieselben an die mit ihrem Mandat verbundenen Pflichten erinnert, weitere Mittel ständen ihm nicht zur Verfügung. Die Erklärung wurde von dem Gemeinderath zur Kenntniß genommen.

**Pest**, 29. November. (W. T. B.) Der Ministerpräsident Dr. Wekerle dankte in der heute stattgehabten Konferenz der liberalen Partei für das ihm durch mehrere Parteimitglieder speziell ausgedrückte Vertrauen, welches er aber nur im Verein mit den solidarisch ihm verbundenen Mitgliedern der Regierung annehmen könne. Die Regierung werde Alles aufbieten, um mit Unterstützung der Partei, sowie Hülfe Derjenigen, welche sich eventuell der Partei anschließen würden, ihr Programm zu verwirklichen. Die Regierung stehe unter keinem speziellen Einfluß, solche Einflüsse existirten überhaupt nicht. Unter wiederholten Beifallskundgebungen nahmen die Anwesenden die Erklärung des Ministerpräsidenten mit großer Befriedigung zur Kenntniß.

## Frankreich.

** Der Rücktritt des Kabinets Loubet ist aus einem Anlaß und in einem Augenblick erfolgt, daß man wohl von einer Ueberraschung sprechen kann. Wie es scheint, hat sich die Kammer selbst durch das Votum überrascht gefühlt, womit sie die von der Regierung beantragte einfache Tagesordnung ablehnend beschied. In der That sieht man nicht recht ein, weshalb gerade ein verhältnißmäßig unbedeutender Anlaß zu einem Hauptdifferenzpunkt zwischen dem Kabinet und der Kammermehrheit aufgebauscht werden mußte. Allerdings spricht die nach gefallener Entscheidung fast einstimmig angenommene Tagesordnung Brisson-Manjan die Solidarität der Kammer mit dem Werke der Panama-Untersuchungskommission aus, dadurch tritt aber die Kammer so wenig in einen materiellen Gegensatz zu dem Standpunkt der Regierung, den Herr Loubet noch kurz vorher durch die Erklärung seine Bereitwilligkeit, dem Panama-Untersuchungsausschuß die weitestgehende Unterstützung zu Theil werden zu lassen, präzisirt hatte, daß man sich des Eindruckes nur schwer zu erwehren vermag, es liege dem ganzen Vorgange ein Mißverständniß, höchstens ein Gelegenheitskonflikt zu Grunde, und als hätten sich die Drahtzieher der parlamentarischen Aktion recht überflüssiger Weise in den Wirrwarr einer Kabinetskrise gestürzt. Wie wenig von wirklich tiefgehenden trennenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Herrn Loubet und der Deputirtenmehrheit die Rede sein kann, zeigt die Bereitschaft der letzteren, dem Kabinet ihr Vertrauen zu votiren, allerdings im Anschluß an die von Herrn Loubet bekämpfte motivirte Tagesordnung Brisson. Wäre aus schwerwiegenden Gründen das Tischtuch zwischen Regierung und Kammer zerschnitten gewesen, so würde letztere mit ihrem Vertrauensvotum gerade im kritischen Moment wohl kaum so gefällig bei der Hand gewesen sein. Wie die Dinge liegen, kann man also eigentlich nicht sagen, daß der Rücktritt des Kabinets ein geflissentliches Werk der Kammer war, sondern eher, daß Herr Loubet selbst die Sache auf die Spitze trieb, indem er sich konsequent weigerte, eine andere als die schlichte, uneingeschränkte Tagesordnung zu genehmigen. Warum er dieses that, läßt sich vom Standpunkt des fernstehenden Zuschauers freilich nicht so ohne Weiteres entscheiden. Der äußere Hergang ist der, daß nicht Herr Loubet, sondern der Justizminister Ricard den Keim des Zerwürfnisses in die Situation trug, und daß dann Herr Loubet gewissermaßen einer gebundenen Marschroute folgte, als er seinem Kollegen von der Justiz zu Hülfe kam. Daher mag denn auch die Ansicht, die Krise werde nur eine partielle sein und Loubet, nach Ausmerzung Ricard's mit der Neubildung des Kabinets betraut, mit seinen alten Kollegen wieder ins Amt zurückkehren, nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sein. Klarheit muß jedenfalls schon bald geschaffen werden, denn die Lage, wie sie unter dem Einflusse des Panamaskandals geworden ist, erlaubt kein Provisorium auf unbestimmte Zeit.

**Paris**, 29. November. (W. T. B.) Präsident Carnot hatte heute Vormittag eine Unterredung mit Loubet und wird im Laufe des Abends die Präsidenten des Senats und der Deputirtenkammer Lecoyer und Floquet empfangen. Brisson wurde aufgefordert, sich Nachmittags 4 Uhr nach dem Elysee zu begeben. In den Wandelgängen der Deputirtenkammer scheint man der Ansicht zu sein, daß Brisson schließlich den Auftrag, ein Kabinet zu bilden, annehmen werde.

**Paris**, 29. November. (W. T. B.) Der Präsident Carnot bot heute Nachmittag Brisson die Mission zur Bildung eines Kabinets an. Brisson erklärte, bevor er eine bestimmte Antwort ertheile, müsse er sich mit seinen Freunden berathen.

**Paris**, 29. November. (W. T. B.) Charles Lesseps, Cottu und Marius Fontanes, welche für heute vor die Panama-Untersuchungskommission geladen waren, richteten alle drei ein Schreiben an die Kommission, in welchem sie erklären, daß sie der Vorladung nicht Folge leisten könnten. Der General-Staatsanwalt hat es abgelehnt, der Untersuchungskommission das Aktenmaterial in der Panama-Untersuchung mitzutheilen, weil eine solche Mittheilung den gerichtlichen Vorschriften widersprechen würde.

**Paris**, 29. November. (W. T. B.) Der Deputirte Laguerre sagte heute vor der parlamentarischen Panama-Untersuchungs-Kommission aus, Arton, der Agent des Barons Reinach, habe ihm mitgetheilt, daß er zur Zeit der Deputirtenwahl im Departement du Nord bei der Regierung im Interesse der Panama-Gesellschaft sich verwendet und für politische Zwecke 300,000 Franks gezahlt habe.

Der Präsident des Appell-Gerichtshofes Perivier hat die Erklärung veröffentlicht, er habe den Untersuchungsrichter Prinet keineswegs zu einer Zeugenaussage vor der Panama-Kommission ermächtigt.

## Großbritannien und Irland.

**London**, 28. November. Die Königin wird am nächsten Dienstag (29. November) eine Investitur des Bath-, des St. Michael- und Georgs-Ordens und der indischen Orden in ihren Privatgemächern im Windsor-Schlosse abhalten. Zugleich werden mehrere Herren, unter ihnen der Generalanwalt, die Ritterwürde bei der Gelegenheit erhalten.

**London**, 29. November. (W. T. B.) In der heutigen Generalversammlung der südafrikanischen Gesellschaft theilte der Premierminister der Kapkolonie Sir Cecil Rhodes, welcher Vorsitzender der Gesellschaft ist, einen Plan mit betreffend die Herstellung einer im Interesse Englands zu errichtenden Land-Telegraphenlinie von Maschonaland nach Egypten über Uganda. Er beabsichtige, zu diesem Zwecke mit dem Mahdi Verhandlungen anzuknüpfen.

## Rußland.

**Petersburg**, 29. November. Der Reichsrath hat in seiner gestrigen Sitzung einer Erhöhung des Einfuhrzolles auf Baumwolle zugestimmt. Derselbe soll in Zukunft an der Wassergrenze 140, an der Landgrenze 155 Goldkopeken per Pud betragen. Ferner genehmigte der Reichsrath die geplante Erhöhung der Handelssteuer sowie die Erhöhung der Besteuerung des Reingewinnes der Aktiengesellschaften von drei auf fünf Prozent.

## Stettiner Nachrichten.

**Stettin**, 30. November. Den Mittheilungen über die Ergebnisse der Verwaltung der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Pommern in der Zeit vom 1. Januar bis einschließlich 17. November d. Js. entnehmen wir Folgendes von allgemeinem Interesse: Seit dem 1. Januar 1891 sind im Ganzen 1,022,150 Quittungskarten zur Versendung gelangt, zur Aufbewahrung resp. mit Rentenanträgen sind erst ca. 215,000 Karten eingegangen. In den Monaten Januar bis Oktober sind 2,110,800 Mark als Erlös aus dem Markenverkauf eingeliefert, davon sind für vernichtete Beitragsmarken 18,421 Mark 76 Pf. erstattet, so daß eine Einnahme von 2,092,378 Mark 24 Pf. verbleibt, wozu noch 514 Mark 19 Pf. Beiträge für Seeleute aus dem Vorjahr kommen. Auf Grund des § 143 des Gesetzes sind 46 Ordnungsstrafen im Gesammtbetrage von 164 Mark eingezogen. An Streitigkeiten gemäß § 122 des Gesetzes war die Versicherungs-Anstalt in 27 Fällen betheiligt. An Invalidenrenten wurden aus dem vorigen Jahre 12 unerledigte Ansprüche übernommen, in diesem Jahre wurden (bis 10. November) 1059 neu erhoben, von denen 466 anerkannt und 505 abgelehnt wurden, anderweitig erledigt wurden 23 und 77 blieben unerledigt. Den von vornherein anerkannten 466 Renten traten 50 hinzu, welche in Folge der Entscheidung höherer Instanz angewiesen werden mußten, es gelangten mithin bisher in diesem Jahre im Ganzen 516 Invalidenrenten zur Anweisung. Von diesen Renten sind 23 auf 111 Mark, 71 auf 111.60 Mark, 15 auf 112.20 Mark, 6 auf 112.80 Mark, 217 auf 113.40 Mark, 74 auf 114 Mark, 53 auf 114,60 Mark, 29 auf 115.20 Mark und 28 auf 115.80—121.20 Mark festgesetzt, der Durchschnitt beträgt 115.40 Mark, die Jahresausgabe (abzüglich des Reichszuschusses) 32,772 Mark.

An Altersrenten sind aus dem Jahre 1891 105 unerledigte Ansprüche geblieben, neu erhoben wurden bis 10. November d. J. 1299, im Ganzen also 1404; hiervon wurden 914 anerkannt, 356 abgelehnt, 9 anderweitig erledigt und 125 blieben unerledigt. Von den anerkannten Ansprüchen wurden 2 in höherer Instanz wieder aberkannt. Den von vornherein anerkannten Renten traten 137 hinzu, welche nach vorgängiger Ablehnung in Folge der Entscheidung höherer Instanz angewiesen werden mußten, es gelangten mithin im Jahre 1892 bisher 1051 eigene Altersrenten zur Anweisung, so daß unter Hinzurechnung der im Jahre 1891 anerkannten 4681 Renten bisher 5732 Altersrenten angewiesen sind. Diese bedingen eine Jahresausgabe von 428,479 Mark 40 Pf. Die in Abgang gekommenen Renten repräsentiren nach Abzug des Reichszuschusses eine Jahresausgabe von 43,413.80 Mark.

Wegen Invalidenrenten sind 258 Berufungen (sämmtlich von dem Antragsteller) eingelegt, darunter 249 wegen Ablehnung des Rentenantrages, 9 wegen des Rentenbetrages. Hiervon sind 72 resp. 3, Summa 75 zu Gunsten, 47 zu Ungunsten der Versicherungsanstalt entschieden, 13 vor der Entscheidung erledigt. An Revisionen sind 2 von dem Staatskommissar, 10 von der Versicherungsanstalt, 6 von dem Antragsteller eingelegt. Entschieden sind 2 Revisionen der Versicherungsanstalt zu ihren Gunsten.

Die Vermögensverwaltung ergiebt eine Gesammteinnahme von 2,572,825 Mark 77 Pf., denen 2,478,569 Mark 88 Pf. Ausgaben gegenüberstehen, so daß ein Bestand von 94,255 Mark 89 Pf. verbleibt.

Von dem dem Provinzial-Verbande bewilligte Darlehen von 2,250,000 Mark sind 6 weitere Raten von zusammen nominell 600,000 Mark abgehoben. Für den Betriebsfond sind weiter erworben: 100,000 Mark 4proz. und 350,000 Mark 3proz. preußischer Konsols, 461,000 Mark 3½proz. und 90,000 Mark 3proz. landsch. Zentral-Pfandbriefe und 100,000 Mark 3½proz. Pfandbriefe des königlich sächsischen landwirthschaftlichen Kreditvereins und von dem Betriebsfond an den Reservefond abgegeben 195,000 Mark 3proz. preußischer Konsols.

* Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: Keule 1,30 Mark, Vorderfleisch 1,10 Mark, Filet 1,60 Mark; Schweinefleisch: Kotelettes 1,50 M., Schinken 1,30 Mark, Bauch 1,10 Mark; Kalbfleisch: Keule 1,40 Mark, Vorderviertel 1,10 Mark, Kotelettes 1,60 M.; Hammelfleisch: Kotelettes 1,40 Mark, Keule 1,40 Mark, Vorderfleisch 1,10 Mark; geräucherter Speck 1,50 Mark, per Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10 bis 15 Pf. billiger. — Die Zufuhr von Gänsen war etwas schwächer als am vorigen Markttag, jedoch immerhin reichlich und wurden Bratgänse mit 45—50 Pf., Fettgänse mit 60—70 Pf. per Pfund bezahlt.

— In eigener Sache. In der Nacht zum 1. Mai d. J. brannte auf dem Grundstück Falkenwalderstraße 72 eine Scheune nieder, welche Eigenthum des Pommerschen Industrie-Vereins war und als dieses Feuer noch nicht gelöscht war, zeigte sich ein zweiter Feuerschein, welcher von dem Brande einer in Eckerberg belegenen Scheune desselben Besitzers herrührte. Besonders bemerkenswerth waren diese Brände dadurch, daß einige Zeugen bekundeten, es seien zahlreiche Sozialdemokraten auf der Brandstelle anwesend gewesen und diese hätten den Ausbruch des zweiten Feuers mit lautem Jubelgeschrei begrüßt. Wir brachten hierüber zwei Artikel, in welchen wir derartiges Betragen streng verurtheilten und darin auch erwähnten, daß mehrere Zeugen den Führer der Sozialisten, Herrn F. Herbert, auf der Brandstätte gesehen haben wollten. Letzterer fühlte sich hierdurch beleidigt und erhob gegen unseren verantwortlichen Redakteur, Herrn R. O. Köhler, Privatklage. In dem deshalb heute vor dem Schöffengericht anstehenden Termine bekundeten zwei einwandslose Zeugen, daß sie der festen Ueberzeugung gewesen seien, auf der Brandstätte den Herbert gesehen zu haben, erst einige Tage nach dem Brande seien sie darauf aufmerksam gemacht worden, daß in dieser Beziehung ein Irrthum vorliegen müsse und sie mußten daher die Möglichkeit eines solchen zugeben. Diese Irrthums-Erklärung sei jedoch erst erfolgt, nachdem unserer Zeitungsredaktion die betreffende Mittheilung über die Anwesenheit Herberts bei dem Brande gemacht war. Unter diesen Umständen hielt der Gerichtshof eine Beleidigung für vorliegend und verurtheilte den Beklagten zu 30 Mark Geldstrafe, sprach auch Publikationsbefugniß aus.

— In F. Schmidt's Saal fand gestern Nachmittag unter dem Vorsitz des Herrn A. Hildebrandt die General-Versammlung der Pommerschen Gastwirthe-Vereinigung statt. Nach Aufnahme einer Anzahl neuer Mitglieder wurde in die Besprechung über das Resultat der Steuer-Schätzungs-Kommission eingetreten und allseitig hervorgehoben, daß das Resultat in jeder Weise zufriedenstellend sei, da die von der Vereinigung aufgestellten Kandidaten in den in Frage kommenden Klassen die Majorität erhalten hätten. — Herr Bossomaier referirt sodann über die von der Regierung geplante Erhöhung der Brausteuer, dieselbe würde eine neue schwere Belastung der nord- und mitteldeutschen Brauereien im Verhältniß zu den süddeutschen, besonders der baierischen sein, da nach Annahme der Regierungsvorlage die baierischen Brauereien lange nicht so unter der Steuerlast zu leiden hätten und die Folge würde sein, daß die Konkurrenz der sogenannten echten Biere eine immer schwerere sein würde. Auch die Gastwirthe würden dabei in Mitleidenschaft gezogen und es sei daher ihre Pflicht, zu der Sache Stellung zu nehmen. Die Versammlung beschloß einstimmig, den Vorstand des deutschen Gastwirths-Verbandes aufzufordern, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen und das Vorgehen der Brauereien gegen die Biersteuer in jeder Weise zu unterstützen. — Auch in diesem Jahre soll für unbemittelte Berufsgenossen und für Wittwen und Waisen verstorbener Kollegen eine Weihnachtsbescheerung veranstaltet werden, zu welcher die Mittel durch eine Sammlung aufgebracht werden sollen. — Das Stiftungsfest wird am 2. Februar im Saale der Randower Molkerei abgehalten werden. — Schließlich kam noch, durch ein Inserat eines Herrn Griep veranlaßt, die Frage der Reinigung der Bierapparate durch Dampf zur Sprache. Zunächst wurde dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß in dem betreffenden Inserat in un

verkennbarer Weise die Restaurateure beschuldigt würden, daß sie ihre Apparate nicht sauber hielten, es sei dies eine beleidigende Behauptung, denn jeder Wirth müsse im eigenen Interesse für Sauberkeit der Apparate Sorte tragen. Habe Herr Griep in dieser Beziehung andere Erfahrungen gemacht, so wäre es seine Pflicht gewesen, im Interesse des Publikums die Namen der betreffenden Wirthe öffentlich zu nennen. Ueber die Frage der Zweckmäßigkeit der Dampfreinigung war die Majorität der Ansicht, daß eine Pumpen-Reinigung durch Natron- oder Soda-Lösung, wenn solche regelmäßig in nicht zu langen Zwischenpausen vorgenommen würde, mindestens ebenso empfehlenswerth sei als Dampfreinigung, letztere habe sogar, wie die Erfahrung in Berlin gelehrt habe, den Nachtheil, daß die Röhren bedeutend mehr angegriffen würden.

* Gestern früh wurde am Weidendamm auf den Möllenwiesen die Leiche eines etwa 40 Jahre alten Mannes gefunden und in das Krankenhaus überführt. Dieselbe zeigte eine Schußwunde in der Schläfegegend, welche wahrscheinlich mittelst eines gleichfalls vorgefundenen Revolvers beigebracht wurde, und war außerdem um den Hals ein Strick geschlungen, es handelt sich also allem Anscheine nach um einen Selbstmörder.

* In einem Neubau an der Ecke der Warsower- und Pölitzerstraße fand in der vergangenen Nacht der Wächter einen Maurer, welcher daselbst gearbeitet hatte und von den Gasen eines in der Nähe befindlichen Koaksofens betäubt worden war. Die angestellten Wiederbelebungsversuche waren bald von Erfolg gekrönt, worauf der Gerettete in seine Wohnung gebracht wurde.

— Zum Landrath des Kreises Ueckermünde soll auf Beschluß des Kreistages der bisherige Landraths-Amts-Verwalter Herr Regierungs-Assessor Hagedorn in Vorschlag gebracht werden.

— In der evangelischen Landeskirche der Provinz Pommern sind folgende Personal-Veränderungen zu verzeichnen:

Berufungen, Versetzungen u. s. w. Bienengräber, Pastor in Kerstin, Synode Körlin a. Pers., zum Pastor in Fritzow, derselben Synode. — Kröcher, Pastor in Kladow, Provinz Brandenburg, zum Pastor in Schönfeld, Synode Penkun. — Kundenreich, Vikar, zum Pastor in Schönhagen, Synode Gollnow. — Prahl, Pastor in Alt-Stüdnitz, Synode Dramburg, zum Pastor in Woltin, Synode Kolbatz. — Zietlow, Pastor in Alt-Werder, Synode Kolberg, zum Pastor in Schwanenbeck, Synode Jakobshagen. — Manzke, Predigtamts-Kandidat, zum Provinzial-Vikar.

Emeritirungen. Strecker, Pfarrer in Pagenkopf, Synode Gollnow, am 1. November d. J. im 80. Lebens- und 46. Amtsjahre. — Neumann, Pfarrer in Wolkwitz, Synode Demmin, zum 1. April k. J. im 71. Lebens- und 39. Amtsjahre.

Todesfälle. Quile, Pastor emer., früher Diak. in Schivelbein und Pastor in Klützkow, Synode Schivelbein, am 10. Oktober d. J. im 66. Lebensjahre.

## Aus den Provinzen.

**Swinemünde**, 29. November. Nach hier eingetroffenen telegraphischen Nachrichten hat das mit Schlepphülfe des Dampfers „Oceana" heute vor acht Tagen von hier nach London abgegangene Linienschiff „Foudroyant" die Reise über See außerordentlich schnell und glücklich vollendet. Der „Foudroyant" hat gestern Abend 6 Uhr Gravesend an der Mündung der Themse passirt. Von dort ist London in einer Stunde mit der Bahn und in zwei Stunden mittelst Dampfers zu erreichen.

**Greifswald**, 29. November. Dem ordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der hiesigen Universität Dr. Löffler ist die Erlaubniß zur Anlegung des ihm verliehenen Kommandeurkreuzes des königl. griechischen Erlöserordens und dem Assistenten beim hygienischen Institut der hiesigen Universität Dr. Abel die Erlaubniß zur Anlegung des silbernen Ritterkreuzes desselben Ordens Allerhöchst verliehen worden.

**Stralsund**, 28. November. Die Nothwendigkeit einer Erhöhung der hiesigen Lehrergehälter mögen, so schreibt man der „Stralf. Ztg.", folgende Angaben illustriren, die einer im Mai d. J. aufgestellten Tabelle entnommen sind: Danach beziehen von den 22 Lehrern mit über 24 Dienstjahren 11 je 2200 Mk., während die übrigen 2050 Mark erhalten. Ein Lehrer mit 23 Dienstjahren bezieht 1950 Mark. Mit 17—18 Dienstjahren werden 1850 Mark erreicht. 1700 Mark bezieht nur ein Lehrer mit 16 Dienstjahren. Die Lehrer im 12.—14. Dienstjahre bekommen 1550 Mark, während etwa im 10. Dienstjahre 1400 Mark gezahlt werden; doch befindet sich unter letzteren noch einer mit 1250 Mark. Zwei Lehrer im 7. bezw. 8. Dienstjahre, die beide verheirathet sind, erhalten 1100 Mark. Die Unzulänglichkeit dieser Summen tritt auch besonders dann hervor, wenn man die nothwendigsten jährlichen Ausgaben dagegen hält. So betragen nach einer für die auf Veranlassung des früheren Kultusministers Herrn von Zedlitz im September v. J. abgehaltenen Regierungskonferenz angefertigten Zusammenstellung die jährlichen Ausgaben für einen Lehrerhaushalt mit einem Kinde in Stralsund 1700 Mark. Dabei entfallen auf die Beköstigung nur 832 Mark. Miethe, Theater, Konzerte, Weihnachten, Familienfeste, Ausgaben für Feuerung und Reparatur von Haus- und Küchengeräth, für Pflege der Geselligkeit u. s. w. sind dabei garnicht in Betracht gezogen. Die jährlichen Ausgaben für einen Haushalt mit 3 Kindern im Alter von 14 bis 18 Jahren betragen 1900 Mark. Auch hier kommen auf die Beköstigung nur 1456 Mark. Miethe und die anderen oben genannten Ausgaben sind auch hier nicht eingerechnet.

**Friedeberg N/M.**, 28. November. Laut amtlicher Feststellung ergiebt sich folgendes Wahlresultat: v. Waldow-Fürstenau (kons.) 2876 Stimmen, Drawe (dfreis.) 2915, Hobrecht (natl.) 406, Ahlwardt (Antisem.) 6903, Millarg (Sozialdem.) 943, zersplittert 6 Stimmen, also insgesammt 14,077 Stimmen; davon ungültig 28, bleiben mithin 14,049 gültig abgegebene Stimmen. Die absolute Majorität beträgt 7025 Stimmen; dem Antisemiten Ahlwardt fehlen daran 122 Stimmen. Dem konservativen Kandidaten fehlen zur Stichwahl 39 Stimmen. Die Stichwahl zwischen Ahlwardt und Drawe ist bereits auf den 5. Dezember anberaumt.

## Landwirthschaftliches.

Die wichtige Frage der Stallmistpflege soll von Seiten der Deutschen Landwirthschafts-Gesellschaft demnächst durch umfangreiche Arbeiten in der Praxis nach Möglichkeit klar gelegt werden. Es werden Versuche beabsichtigt, welche sich über einen vierjährigen Zeitraum erstrecken, und es sind zu diesen Versuchen 30,000 bis 40,000 Mk. bewilligt worden. Die Versuchsansteller erhalten am Schlusse der Versuche eine Prämie, deren Höhe zwischen 900 bis 1500 M. schwankt. Anmeldungen zur Theilnahme sind zu richten an die Dünger-(Kainit-)Abtheilung der Deutschen Landwirthschafts-Gesellschaft, Berlin, SW., Zimmerstr. 8.

## Gerichts-Zeitung.

**Berlin**, 30. November. Im Prozeß Ahlwardt dauerte gestern die Vorlesung der Broschüren über zwei Stunden. Der Vorsitzende giebt anheim, von der Verlesung der der zweiten Broschüre angefügten eidesstattlichen Versicherungen von ehemaligen Arbeitern der Löwe'schen Fabrik abzusehen, da diese Arbeiter ja in dieser Verhandlung zeugeneidlich vernommen werden. — Der Vertheidiger empfiehlt doch die Verlesung. — Auch der Staatsanwalt hält die Verlesung dieser eidesstattlichen Versicherungen für empfehlenswerth. Daß in der Fabrik Pflichtwidrigkeiten und Unregelmäßigkeiten vorgekommen, werde an der Hand der Ergebnisse der Voruntersuchung rückhaltlos zugegeben. Um zu beurtheilen, in wie weit aber die vom Angeklagten erhobenen Vorwürfe berechtigt, oder, wie nach der Voruntersuchung festzustehen scheint, weit übertrieben sind, werde es doch nöthig sein, die eidesstattlichen Versicherungen auch zu verlesen. — Die Verlesung findet in Folge dessen statt. Nach Beendigung derselben wird der Redakteur Richard Saling vom „Kleinen Journal" vernommen. Derselbe erklärt, ohne Religion, d. h. aus dem Judenthum ausgetreten zu sein und im Auftrage des Verlegers des „Kleinen Journals" den Angeklagten in Plötzensee besucht zu haben, um denselben über die Situation zu befragen, falls er zum Reichstagsmitgliede gewählt werden solle. Richtig sei es, daß er dem Angeklagten zwei Zigarren aus seinem eigenen Vorrath zugesteckt habe, nachdem der Angeklagte ihm pantomimisch angedeutet, daß er gern rauchen möchte. Was er über sein Gespräch mit dem Angeklagten im „Kleinen Journal" mitgetheilt, entspreche durchaus der Wahrheit. — Der Vertheidiger fragt, ob der Zeuge nur im Auftrage seines Chefs, oder im Auftrage eines jüdischen Aktionskomitee's, an dessen Spitze Hirsch Hildesheimer und Prof. Lazarus stehen, den Besuch bei Ahlwardt gemacht habe. — Der Zeuge erklärt, daß er von der Existenz eines solchen Aktionskomitee's keine Kenntniß und lediglich einen Auftrag seines Chefs erfüllt habe. — Der Zeuge bestreitet ferner, daß er sich unter fälschlicher Berufung auf die „Staatsbürger-Zeitung" eingeführt habe. Er habe vielmehr nur, als Ahlwardt ins Sprechzimmer geführt worden, gesagt: er berufe sich auf einen gemeinsamen Bekannten, den Herrn Anderssen von der „Staatsbürger-Zeitung". Dann habe gleich das Gespräch begonnen. Der Zeuge habe den Rektor Ahlwardt zunächst gefragt, wie er sich seine Situation denke, wenn er als Reichstagsmitglied gewählt werde. Ahlwardt habe sich dann so geäußert, wie der Zeuge es in seinem Berichte wiedergegeben habe. Auf Befragen des Angeklagten, ob der Zeuge sich nicht als Mitarbeiter der „Staatsbürgerzeitung" ausgegeben habe, erfolgt eine entschieden verneinende Antwort. — Gefängnißinspektor Schmidt, der über diesen Punkt noch einmal befragt wird, bekundet, daß der Zeuge den Ausdruck „Mitarbeiter" zwar nicht gebraucht, aber doch angedeutet habe, daß er zu der genannten Zeitung in Beziehungen stehe und zu der Partei gehöre. — Der Angeklagte versichert, daß das ganze Verhalten des Zeugen darauf berechnet war, ihn in falsches Vertrauen einzuwiegen. — Gefängniß-Inspektor Schmidt: Ich muß noch erwähnen, daß Rektor Ahlwardt sich ausdrücklich das Versprechen hat geben lassen, daß Nichts in die Presse kommt. Der Zeuge hat darauf gesagt: Selbstverständlich. — Zeuge: Nein, das ist nicht richtig. Der Herr Inspektor verwechselt das mit dem Gespräch, welches ich mit ihm vor dem Erscheinen Ahlwardts gehabt habe. Da war allerdings von falschen Darstellungen der Presse über die Behandlung Ahlwardts die Rede. — Zeuge Schmidt: Das ist richtig; nachher hat aber Herr Ahlwardt ersucht, Nichts in die Presse zu bringen. — Auf Vorhalten des Präsidenten erklärt der Zeuge Saling: Ich bestreite nochmals, daß ich mir die Unterredung durch falsche Vorspiegelung erschlichen habe. Daß Herr Ahlwardt nicht nach meinem Namen und meiner Stellung gefragt, ist nicht meine Schuld. Ich selbst hatte kein Interesse daran, darüber etwas zu sagen. — Angekl.: Es ist der Eid eines Juden — ich habe Nichts mehr zu sagen. Hier wird um 4½ Uhr die Verhandlung abgebrochen und auf Mittwoch 9 Uhr vertagt.

## Vermischte Nachrichten.

**Berlin**, 30. November. Ein Lieutenant der gestern in einem der hiesigen vornehmen Hotels zu Mittag speiste, wurde beim Essen eines Brödchens von plötzlichem Unwohlsein befallen. Da er sofort Verdacht schöpfte, daß die Schuld an dem Backwerk liege, so wurde der Gerichtschemiker Dr. Bein hinzugezogen, um eine Untersuchung des erst theilweise verzehrten Weißbrödchens vorzunehmen. Es stellte sich heraus, daß in dem Brode sich mehrere Gramm eines Phosphorteiges befanden, welche nach dem Urtheil des Sachverständigen beim vollständigen Genuß des Brödchens genügt hätten, den Offizier zu tödten! Derselbe kann sich also zu seiner Lebensrettung beglückwünschen. Der Gerichtschemiker Dr. Bein veranlaßte, daß auch die anderen noch vorhandenen Brödchen vorläufig von der Tafel entfernt wurden. Es ist anzunehmen, daß entweder etwa ein Bäckerlehrling gegen seinen Meister oder irgend Jemand gegen den Hotelbesitzer mit der Vergiftung des Weißbrodes einen verruchten Racheakt ausüben wollte, dem leicht zahlreiche Menschenleben zum Opfer gefallen wären. Glücklicher Weise ist das verbrecherische Vorhaben gescheitert. Bisher ist es noch nicht gelungen, dem Urheber des Vergiftungs-Versuches auf die Spur zu kommen. Auch die Möglichkeit scheint nicht ausgeschlossen, daß ein in der betreffenden Bäckerei zur Vertilgung von Ungeziefer ausgelegtes Giftpräparat durch Unachtsamkeit in den Teig gelangt ist.

— (Unglücksfall oder Verbrechen?) In der Nacht zum Dienstag wurde um 3½ Uhr vor dem Destillationslokal von G. Arndt, Berlin, Waldemarstraße 20, der Kriminal-Schutzmann August Vietsch, Naunynstraße 15, todt auf dem Bürgersteige liegend aufgefunden. Die Leiche lag so, daß man annehmen kann, Vietsch sei zuerst in die Knie gesunken gewesen und dann rücklings übergefallen. Am Hinterkopfe zeigen sich zwei Wunden. Festgestellt ist Folgendes: Vietsch ist gegen 8½ Uhr Abends mit dem Luxuspapier-Fabrikanten Miesler, Louisenufer 44, nach der Wirthschaft von Reinhold Stark, dem Kassenlokale der Berliner Restaurateure, Waldemarstraße 19, gegangen und hat dort mit Herrn Miesler, den Stark'schen Eheleuten und dem Wienerstraße 53 wohnenden Bauunternehmer Peters zusammen Rheinwein getrunken. Miesler entfernte sich gegen 10 Uhr mit dem Bemerken, man möge auf seine Rechnung noch eine Flasche leeren. Dies ist denn auch bis gegen 3 Uhr geschehen. Alle anwesend gewesenen Zeugen bekunden ausdrücklich, daß Vietsch wohl besonders fröhlich, aber durchaus nicht angetrunken gewesen sei. Um die zuletzt angegebene Zeit entfernte sich Frau Stark auf einen Augenblick, und Vietsch wollte nachsehen, wo sie geblieben sei. Er ließ Ueberzieher und Pelzmütze im Lokal zurück und setzte den Hut des Wirthes auf. Merkwürdig ist es nun, daß der Beamte in den nebenan belegenen „Gasthof zur Stadt Görlitz" gegangen ist, zu dem auch die Arndt'sche Destillation gehört. Die Hausthür des Gasthofes soll offen gestanden haben. Ob er das Lokal durch den straßenwärts belegenen Eingang oder durch Benutzung des Hauseinganges vom Hofe aus erreicht hat, ist nicht aufgeklärt. Arndt behauptet, V. sei von der Straße aus, von wo zu dem Eingange eine steinerne, zwei eiserne und eine Holzstufe führen, eingetreten, habe sich sofort in das Billardzimmer begeben und nach der Anwesenheit der Frau Stark gefragt. Dann soll er durch denselben Eingang sich entfernt haben. Später will Arndt, dem er angeblich nicht bekannt gewesen ist, ihn auf dem Bürgersteige in einiger Entfernung vor den Stufen liegend gesehen haben. Hiernach und da man in dem Lokal von einem Falle nichts gemerkt hat, ist anzunehmen, daß die Verletzungen auf eine andere Ursache zurückzuführen sind. Nachdem Arndt seine erste Wahrnehmung seinen Gästen mitgetheilt habe, diese aber der Ansicht gewesen seien, man möge sich um den Betrunkenen nicht kümmern, sei Vietsch nicht weiter beachtet worden. Später will Arndt zum zweiten Male nachgesehen und jetzt gehört haben, daß der Beamte röchelte. Nun habe er einen Wächter gerufen, der die Familie Stark benachrichtigte. Als Stark auf die Straße trat, gab Vietsch kein Lebenszeichen mehr von sich und wurde durch vier Personen, darunter Stern, der Wächter und ein Schutzmann, nach seiner Wohnung gebracht. Der sofort gerufene Dr. Rhode stellte den bereits eingetretenen Tod fest. Bei der näheren Besichtigung der Wunden gab der Arzt seine Meinung dahin ab, daß die am Wirbel befindlichen Verletzungen schwerlich von einem Falle herrühren könnten; denn sonst müßten sie näher nach dem Genick sitzen. Auf Grund dieses Befundes, der als Todesursache Schläge auf den Kopf annimmt, ist die Leiche zwecks gerichtsärztlicher Oeffnung dem Schauhause zugeführt worden. Die Zeit zwischen dem Fortgehen des Schutzmanns aus dem Stark'schen Lokal bis zu seiner Auffindung auf dem Bürgersteige beträgt genau 15 Minuten. Vietsch hinterläßt eine aus der Ehefrau und drei Kindern im Alter von 19 bezw. 14 und 8 Jahren bestehende Familie. Die Angelegenheit ist vorläufig noch in ein solches Dunkel gehüllt, daß es der polizeilichen Untersuchung vorbehalten bleiben muß, irgend welche Aufklärung herbeizuführen. Vermuthungen über den Zusammenhang bestehen freilich jetzt schon; doch erscheint deren Veröffentlichung bei der zweifelhaften Sachlage noch nicht thunlich. Ein von Vietsch mitgeführtes Aktenstück hat der Polizeilieutenant v. Buggenhagen als Reviervorstand an sich genommen.

**Kiel**, 26. November. Es erregte einiges Aufsehen, als vor drei Monaten der Bürgermeister Bruno Lentz in Heiligenhafen verhaftet und hierher ins Landgerichts-Gefängniß übergeführt wurde. Lentz ist zu Reetz im Kreise Arnswalde geboren, war anfänglich Aktuar in Pommern, dann Stadtsekretär in Brandenburg, 1888 Bürgermeister in Schlotheim und wurde 1890 zum Bürgermeister in Heiligenhafen gewählt. Er kam mit 2000 Mark Schulden in letzterer Stadt an und wurde von Leuten, die seine Vorstrafe wegen Holzdiebstahls, die im Gnadenwege erlassen war, seiner vorgesetzten Behörde und der Bürgerschaft bekannt zu geben drohten, wucherisch ausgebeutet, so daß seine Schuldenmasse in reichlich einem Jahre auf 6000 Mark stieg. In seiner Bedrängniß griff er die ihm in seiner amtlichen Eigenschaft anvertrauten Gelder an. Lentz, welcher heute unter der Anklage wegen Amtsunterschlagungen vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts stand, war im vollen Umfange geständig. Das Urtheil lautete auf 9 Monate Gefängniß.

**Leipzig**, 29. November. Eine Versammlung von 1500 Arbeitslosen, welche im „Pantheon" tagte, faßte den Beschluß, eine dreigliedrige Kommission an den Bürgermeister zu senden, die um Inangriffnahme von Bauten der Stadtregie mit Arbeitern unter sachverständigen Beamten ersuchen soll. Für Sonnabend wird eine Bekanntgabe der Antwort erwartet.

**Bayreuth**, 29. November. In Reichholdsgrün sind 14 Häuser mit Nebengebäuden abgebrannt.

## Schiffs-Nachrichten.

**Burg a. F.**, 28. November. Die hiesige Yacht „Heinrich" mit Futterstoffen ist gestern südlich von hier gestrandet und voll Wasser. Der Bergungsdampfer „Rügen" hat die Lage des Schiffes untersucht, wird aber die Bergung nicht ausführen, da die Bergungs- und Reparaturkosten den Werth des 38 Jahre alten Schiffes voraussichtlich übersteigen würden. Ein Theil der Ladung ist durch Fischer geborgen.

**Hamburg**, 29. November. Das hiesige Schiff „Colmar" welches von Itzehoe mit Zucker nach Dünkirchen unterwegs war, ist auf Barkum gescheitert. Der Kapitän und fünf Mann der Besatzung sind gerettet. Der Rest wird vermißt.

**Shanghai**, 22. Oktober. Seit meinem letzten Berichte hat sich ein gräßlicher Schiffsunfall in der Formosastraße zugetragen, von dem Sie ohne Zweifel längst telegraphisch unterrichtet sein werden. Am 8. ds. verließ der englische Postdampfer „Bokhara" (Peninsular and Oriental Company) Shanghai und Hongkong. Er ist jedoch am 10. Oktober gegen Mitternacht auf einem Riff von Sand Island (Fischer-Inseln in der Formosastraße) gescheitert und sofort in tiefem Wasser untergegangen. Es sind dabei etwa 125 Personen umgekommen und 23 gerettet worden, die letztern von der „Wacht am Deck", darunter auch zwei Reisende. Alle andern, die zur Zeit des Unglücks unter Deck gewesen sind, scheinen kläglich ertrunken zu sein; auch die Geretteten sollen von den Korallenriffen, auf die sie geworfen wurden, zerfetzt worden sein. Die Leichen waren kaum erkenntlich. Der meteorologische Dienst meldete zuerst am 7. Oktober die Bildung einer „barometrischen Depression" östlich von Luzon (Manilla). Aus der Depression entwickelte sich der Wirbelsturm, der am 8. zwischen Nord-Luzon und Süd-Formosa durch den Basheekanal in nordwestlicher Richtung in den Formosa-Kanal eindrang und am 9. in der Nähe von Amoy „von der chinesischen Küste abprallte", um in nordöstlicher Richtung nach Japan weiter zu wehen. Eine ganze Anzahl Schiffe gerieth in denselben Sturm, unter andern die österreichische Korvette „Fasana", die ein paar Stunden vor dem Postdampfer von hier nach Hongkong in See ging und auf der Reise zwei Boote verlor. Es scheint, daß während der Nacht vom 9. zum 10. Oktober der Postdampfer „Bokhara" hülflos wurde und den Maschinenraum voll Wasser bekam, wor auf gegen Mitternacht die Katastrophe eintrat. Hier hat sich bereits ein Hülfskomitee gebildet. E[illegible] Offiziere der Garnison von Hongkong waren an Bord, von denen nur zwei gerettet sind; sie waren Mitglieder des Hongkong Cricket Klub und hatten dem hiesigen einen Besuch abgestattet.

**Southampton**, 29. November. Der Lloyddampfer „Eider" blieb, weil bei der Auktion der festgesetzte Verkaufspreis nicht erreicht wurde, unverkauft. In etwa zwei Wochen dürfte die „Eider" nochmals zum Verkauf kommen.

## Börsen-Berichte.

**Stettin**, 30. November. Wetter: Veränderlich. Temperatur — 5 ° Reaumur. Barometer 758 Millimeter. Wind: SW.

**Weizen** unverändert, per 1000 Kilogramm loko 140—147 bez., per November 148,00 B., per November-Dezember 148,00 B. u. G., per April-Mai 153,00 bez., per Mai-Juni 154,50 B., 154,00 G.

**Roggen** unv., per 1000 Kilogramm loko 120,00—126,00 bez., per November 127,00 bez., per November-Dezember 127,00 bez., per April-Mai 132,00—131,50—132,00 bez.

**Gerste** per 1000 Kilogramm loko pommersche 130—140, Märker 132—142.

**Hafer** per 1000 Kilogramm loko pommerscher 134—137.

**Rüböl** matter, per 100 Kilogramm loko ohne Faß per November-Dezember 50,75 B., per April-Mai 51,25 B.

**Spiritus** fester, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 30,3 bez., per November 70er 29,8 nom., per November-Dezember 70er 29,8 nom., per April-Mai 70er 31,5 G., per Mai-Juni 70er 32 nom.

**Petroleum** ohne Handel.

Regulirungspreise: Weizen 148,00, Roggen 127,00, 70er Spiritus 29,8, Rüböl —,—.

Angemeldet: Nichts.

### Landmarkt.

**Weizen** 142—145. **Roggen** 124—128. **Gerste** 128—132. **Hafer** 140—145. **Rübsen** —.— **Heu** 2,50—3,00. **Stroh** 24—27. **Kartoffeln** 27—34.

**Berlin**, 30. November. **Weizen** per November 154,00 bis —,— Mark, per November-Dezember 153,50 Mark per April-Mai 154,75 Mark.

**Roggen** per November 134,00 bis 133,75 Mark, per November-Dezember 133,00 Mark per April-Mai 134,00 Mark.

**Rüböl** per November 51,00 Mark, per April-Mai 51,40 Mark.

**Spiritus** loko 70er 31,60 Mark, per November 70er 30,90 Mark, per November-Dezember 70er 30,90 Mark, per April-Mai 70er 32,50 Mark.

**Hafer** per November 141,50 Mark, per April-Mai 135,75 Mark.

**Petroleum** per November 22,00 Mark.

**London.** Wetter: schön.

### Berlin, 30. November. Schluß-Kourse.

| | |
|---|---|
| Preuß. Consols 4% | 106,80 |
| do. do. 3½% | 100,20 |
| Deutsche Reichsanl. 3% | 86,00 |
| Pomm. Pfandbriefe 3½% | 97,60 |
| Italienische Rente | 92,80 |
| do. 3% Eisenb.-Oblig. | 56,30 |
| Ungar. Goldrente | 96,60 |
| Rumän. 1881er amort. Rente | 96,30 |
| Serbische 5% Rente | 76,20 |
| Griechische 5% Goldrente | 58,20 |
| Russ. Boden-Credit 4½% | 99,10 |
| do. do. von 1880 | 96,90 |
| Mexikan. 6% Goldrente | 79,00 |
| Oesterr. Banknoten | 169,55 |
| Russ. Banknot. Cassa | 200,60 |
| do. do. Ultimo | 200,75 |
| National-Hyp.-Cred.-Gesellschaft (110) 4½% | 104,30 |
| do. (110) 4% | 101,50 |
| do. (100) 4% | 100,75 |
| P. Hyp.-A.-B. (100) 4% V—VI. Emission | 102,10 |
| Stett. Vulc.-Act. Litt. B | 106,00 |
| Stett. Vulc.-Priorität | 129,00 |
| Stett. Maschinenb.-Anst. vorm. Möller u. Holberg Stamm-Akt. a 1000 M. | —,— |
| do. 6 proz. Prioritäten | —,— |
| Petersburg kurz | 200,20 |

| | |
|---|---|
| London kurz | —,— |
| London lang | —,— |
| Amsterdam kurz | —,— |
| Paris kurz | —,— |
| Belgien kurz | —,— |
| Bredow. Cement-Fabr. | —,— |
| Neue Dampf.-Com. (Stettin) | 75,00 |
| Stett. Chamotte-Fabr. Didier | 206,20 |
| „Union", Fabrik chem. Produkte | 126,20 |
| **Ultimo-Kourse** | |
| Disconto-Commandit | 188,25 |
| Berliner Handels-Gesell. | 133,75 |
| Oesterr. Credit | 168,40 |
| Dynamite-Trust | 136,60 |
| Bochumer Gußstahlfabrik | 120,75 |
| Laurahütte | 99,40 |
| Harpener | 128,90 |
| Hibernia Bergw.-Gesellsch. | 118,50 |
| Dortm. Union St.-Pr. 6% | 58,50 |
| Ostpreuß. Südbahn | 69,50 |
| Marienburg-Mlawkabahn | 59,00 |
| Mainzerbahn | 110,75 |
| Norddeutscher Lloyd | 103,40 |
| Lombarden | 39,50 |
| Franzosen | —,— |

Tendenz: schwach.

**Paris**, 29. November, Nachmittags. (Schlußkourse) Behauptet.

| | | Kours vom 28. |
|---|---|---|
| 3% amortisirb. Rente | 99,30 | 99,57½ |
| 3% Rente | 99,42½ | 99,80 |
| 4½% Anleihe | —,— | —,— |
| Italienische 5% Rente | 93,70 | 93,82½ |
| Oesterr. Goldrente | —,— | —,— |
| 4% ungar. Goldrente | 96,72½ | 96,81 |
| [illegible]% Russen de 1880 | —,— | —,— |
| 4% Russen de 1889 | 97,30 | 97,30 |
| 4% unifiz. Egypter | 98,85 | 99,00 |
| 4% Spanier äußere Anleihe | 63,25 | 63⅜ |
| Konvert. Türken | 21,67½ | 21,72½ |
| Türkische Loose | 90,30 | 90,25 |
| 4% privil. Türk.-Obligationen | 430,00 | 432,00 |
| Franzosen | 638,75 | 636,25 |
| Lombarden | 216,25 | 216,25 |
| „ Prioritäten | —,— | —,— |
| Banque ottomane | 595,00 | 594,00 |
| „ de Paris | 685,00 | 687,00 |
| „ d'escompte | 185,00 | 196,00 |
| Crédit foncier | 1092,00 | 1100,00 |
| „ mobilier | 127,00 | 126,00 |
| Meridional-Aktien | 642,00 | 645,00 |
| Panama-Kanal-Aktien | —,— | —,— |
| „ 5% Obligationen | —,— | —,— |
| Rio Tinto-Aktien | 425,60 | 422,50 |
| Suezkanal-Aktien | 2631,00 | 2637,00 |
| Gaz Parisien | —,— | —,— |
| Credit Lyonnais | 783,00 | 785,00 |
| Gaz pour le Fr. et l'Etrang. | —,— | —,— |
| Transatlantique | —,— | —,— |
| B. de France | 3960,00 | 3970,00 |
| Ville de Paris de 1871 | —,— | —,— |
| Tabacs Ottom. | 354,00 | 360,00 |
| 2¾ Cons. Angl. | —,— | —,— |
| Wechsel auf deutsche Plätze 3 M. | 122⅝ | 122⅝ |
| Wechsel auf London kurz | 25,12 | 25,12 |
| Cheque auf London | 25,13½ | 25,13½ |
| Wechs. Amsterdam k. | 206,00 | 206,00 |
| „ Wien k. | 207,50 | 207,62 |
| „ Madrid k. | 430,50 | 429,50 |
| Comptoir d'Escompte neue | 522,00 | 525,00 |
| Robinson-Aktien | 98,70 | 99,37 |
| Neue Rente | —,— | —,— |
| Portugiesen | 23,47 | 23,43 |
| 3% Russen | 80,00 | 80,20 |

**Bremen**, 29. November. (Börsen-Schluß-Bericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Fest. Loko 5,55 B. Baumwolle niedriger.

**Wien**, 29. November. Getreidemarkt. Weizen per Herbst — G., — B., per Frühjahr 7,69 G., 7,72 B. — Roggen per Herbst — G., — B., per Frühjahr 6,69 G., 6,72 B. — Mais per November — G., — B., per Mai-Juni 5,22 G., 5,25 B. — Hafer per Herbst — G., — B., per Frühjahr 5,94 G., 5,97 B.

**Amsterdam**, 29. November, Nachmittags. Bancazinn 56,00.

**Amsterdam**, 29. November. Java-Kaffee good ordinary 57,50.

**Amsterdam**, 29. November, Nachmittags. Weizen per November —, per März 174. Roggen per März 127, per Mai 125.

**Antwerpen**, 29. November, Nachm. 2 Uhr 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loko 13,00 bez. u. B., per November —,— B., per Dezember 12,75 B., per Januar-März 13,00 B. — Ruhig.

**Paris**, 29. November, Nachm. Rohzucker (Schlußbericht) ruh., 88 % loko 38,00 bis 38,25. Weißer Zucker beh., Nr. 3 per 100 Kilogramm per November 40,00, per Dezember 40,25, per Januar-April 41,00, per März-Juni 41,50.

**London**, 29. November. 96% Javazucker loko 16⅜, ruhig. — Rüben-Rohzucker loko 13,75, ruhig. — Centrifugalzucker —,—.

**London**, 29. November. An der Küste 6 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Bewölkt.

**London**, 29 November. Chili-Kupfer 48 1/16, per 3 Monat 48 9/16.

**Hull**, 29. November. Getreidemarkt. Weizen ruhig. — Wetter: Prachtvoll.

**Liverpool**, 29. November. Getreidemarkt. Weizen und Mehl ruhig, Mais ½ höher gefordert. — Wetter: Schön.

**Glasgow**, 29. November, Nachm. Roheisen. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 41 Sh. 9 d.

**Glasgow**, 29. November. Die Verschiffungen betrugen in der vorigen Woche 3982 Tons gegen 5468 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

**Newyork**, 29. November, Vorm. Petroleum (Anfangskourse) Pipe line certificates per Dezember —,—. Weizen per Mai 83,75.

**Newyork**, 29. November. Wechsel auf London 4,85½. — Petroleum in Newyork 5,60, in Philadelphia 5,55, rohes [illegible] 5,35. Pipe line certif. per Dezember — D. — C. Mehl 3 D. 10 C. Rother Winterweizen loko — D. 77⅛. Rother Weizen per November — D. 76⅜ C., per Dezember — D. 76⅜ C., per Mai — D. 83⅛ C. Getreidefracht 2,00. Mais per Dezember 50½. Zucker 2 15/16. Schmalz [illegible] 10,25. Kaffee Rio Nr. 7 16⅞. Kaffee per Dezember ord. Rio Nr. 7 16,15. Kaffee per Februar ord. Rio Nr. 7 15,85. Weizen (Anfangs-Kours) per Mai 83¾.

**Newyork**, 29. November. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 171,000, do. nach Frankreich 10,000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 76,000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 51,000, do. nach anderen Häfen des Kontinents —,— Orts.

**Newyork**, 29. November. Bestand an Weizen 70,765,000 Bushels, do. an Mais 12,032,000 Bushels.

### Woll-Berichte.

**Antwerpen**, 29. November, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Herren Wilkens u. Co.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., per Februar 4,70 per Juli 4,82½, Verkäufer.

## Telegraphische Depeschen.

**Wien**, 30. November. Nach einer Petersburger Meldung der „Polit. Korresp." wurden die administrativen Vorschriften gegen Personen, welche unter Polizeiaufsicht stehen, derartig verschärft, daß den von der Maßregel Betroffenen die Möglichkeit, Subsistenzmittel zu finden, fast unmöglich gemacht wird.

Aus Paris wird gemeldet, daß die Nachricht, es hätten zwischen den französischen und italienischen Delegirten zu der Münzkonferenz in Brüssel Besprechungen wegen Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Italien stattgefunden, vollständig unbegründet sei.

**Paris**, 30. November. Auf eine Anfrage erklärte Brisson, daß er unter keinen Umständen daran denke, ein radikales Kabinet zu bilden, er sei nur gewillt, mit einem gemäßigt republikanischen Ministerium zu regieren. Sollte es ihm nicht gelingen, ein solches Ministerium zu bilden, so würde er allerdings überhaupt von der Bildung eines Kabinets absehen. Es wird befürchtet, daß die Krisis noch acht bis zehn Tage dauern könne.

Die Mehrzahl der Abgeordneten, welche gegen die Tagesordnung Brisson, durch welche das Kabinet Loubet gestürzt worden, gestimmt hatten, behaupten, daß die Lage von den Antirepublikanern geschaffen worden sei, um der Republik zu schaden. Die Republikaner hätten sich überlisten lassen, indem sie zum Sturze Loubets mitwirkten.

Die letzte Meldung aus Kotonu konstatirt, daß General Dodds mit der allgemeinen Lage in Dahomeh sehr zufrieden ist und daß die Organisation des Landes als französische Kolonie verhältnißmäßig leicht von Statten geht. Die Hauptstadt Abomey soll sehr gesund und reinlich sein.

**Paris**, 30. November. Brisson hat sich nunmehr doch bereit erklärt, an die Spitze eines neuen Kabinets zu treten. Die bisherigen Minister, außer Loubet, Ribot und Ricard, werden im Amte verbleiben.

**Sofia**, 30. November. Die Sobranje bewilligte in ihrer gestrigen Sitzung einen Kredit von 50,000 Frks für die Betheiligung Bulgariens an der Ausstellung in Chicago. Bei der Berathung des Fabrikmarkengesetzes verlangte der Delegirte für Philippopel die Anwesenheit des Finanzministers Natschewitsch, der das Gesetz eingebracht habe. Von der Sobranje eingeladen, den Gesetzentwurf zu vertreten, weigerte sich Natschewitsch, in der Sobranje zu erscheinen, worauf Stambulow den Gesetzentwurf vertrat. In Folge dieses Zwischenfalles zirkulirt hier das Gerücht von der Demission Natschewitschs, welche wie verlautet, durch einen heftigen, gegen Natschewitsch gerichteten Artikel des Philippopeler Blattes „Malak Bestnik" veranlaßt sein solle.

**Washington**, 29. November. Angesichts der Gefahr der Einschleppung der Cholera nach Amerika im kommenden Frühjahr hat das Komitee des Senats für die Einwanderung beschlossen, sich zunächst nur mit der Frage des vollständigen Verbots der Einwanderung während eines Jahres zu beschäftigen.